Zeitleiste
19. bis 21. Jahrhundert

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

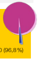
Der Nahostkonflikt

1882

Moderne jüdische Einwanderung in die historische Region Palästina

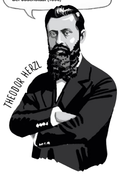
1882 beginnt die moderne jüdische Einwanderung ins historische Palästina (1516–1917 Teil des Osmanisches Reichs), die bald auch von der Idee des → ***Zionismus*** getragen wird. Die erste Alija (1882–1903) von russischen und rumänischen Juden ist vor allem eine Reaktion auf antisemitische Pogrome im Russischen Kaiserreich. Die Bezeichnung Alija (Hebräisch für „Aufstieg") geht auf die im antiken Judentum verbreitete rituelle Pilgerreise nach → ***Jerusalem*** zurück, die mit einem Aufstieg zum dortigen Tempelberg verbunden war. 1903 führt das antisemitische Pogrom von Kischinjow im Russischen Kaiserreich zur zweiten Alija (1904–1914), weitere folgen.

Bevölkerung im historischen Palästina (1882):[1]



Juden: 15.000 (3,2 %)
Araber (Muslime und Christen): 453.000 (96,8 %)

> In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge ausgeschrien. (…) Palästina ist unsere unvergessliche historische Heimat.
>
> Der Judenstaat (1896)



Zionismus

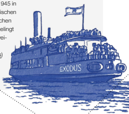
Das Judentum ist historisch im in der Bibel erwähnten Land Israel verwurzelt. Nach der Zerstörung des zweiten jüdischen Tempels in Jerusalem 70 n. Chr. und der anschließenden Vertreibung von Jüdinnen und Juden leben diese über die ganze Welt verstreut („Diaspora"). Nur eine kleine jüdische Gemeinde bleibt bestehen („Alter Jischuv"). Die Sehnsucht einer Rückkehr nach → ***Jerusalem*** (in der Bibel: „Zion") als religiösem Mittelpunkt des Judentums hält sich über die Jahrhunderte. Im Angesicht der globalen Verbreitung des Nationalismus im 19. Jahrhundert wird sie zur Grundlage einer politischen Programmatik, die der österreichisch-ungarische Journalist Theodor Herzl 1896 in seinem Buch „Der Judenstaat" erstmalig ausformuliert. Dieser politische Zionismus versteht Jüdinnen und Juden nicht nur als Glaubensgemeinschaft, sondern als Nation. Nicht zuletzt in Reaktion auf antisemitische Verfolgung fordert der erste Zionistenkongress in Basel 1897 daher die Schaffung einer „Heimstätte in Palästina", also eines jüdischen Staates auf dem dortigen Gebiet.

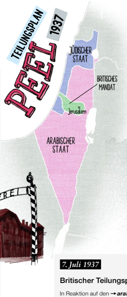
1933–1945

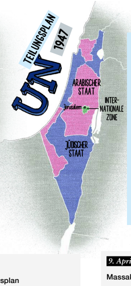
Nationalsozialismus und Holocaust

In Deutschland übernehmen die Nationalsozialisten die Macht. Ihr Hass auf Jüdinnen und Juden steigert sich von der anfänglichen Ausgrenzung jüdischen Lebens hin zu Deportationen und Massenmord. Im Zuge der fünften Alija zwischen 1932 und 1939 nimmt die jüdische Auswanderung aus Europa deutlich zu, der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Palästina steigt von 18 auf 30 Prozent. Auf der Konferenz von Évian im Juli 1938 weigern sich nahezu alle Teilnehmerstaaten, mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, 1939 begrenzt die → ***britische Mandatsmacht*** die jüdische Zuwanderung nach Palästina drastisch. Dem durch das NS-Regime nach industriellen Maßstäben durchgeführten Völkermord fallen zwischen 1942 und 1945 schätzungsweise sechs Millionen Jüdinnen und Juden zum Opfer, viele davon in Konzentrations- (KZ) und Vernichtungslagern wie dem KZ Auschwitz. Man spricht auch von Holocaust oder Shoah (Hebräisch für „Katastrophe"). Viele Überlebende setzen ihre Hoffnungen nach dem Kriegsende 1945 in die Errichtung eines jüdischen Staates. Bis zur israelischen Staatsgründung 1948 gelingt trotz britischer Zurückweisungen (wie 1947 beim Flüchtlingsschiff Exodus) 70.000–80.000 Juden die Einwanderung nach Palästina.

ARBEIT MACHT FREI







7. Juli 1937

Britischer Teilungsplan

In Reaktion auf den → ***arabischen Aufstand*** schlägt die britische Peel-Kommission erstmals die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat, also eine → ***Zweistaatenregelung*** vor.

Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina (1946):[1]

Juden: 600.000 (31 %)
Araber (Muslime und Christen): 1,31 Mio. (67 %)

29. November 1947

UN-Teilungsplan

In Resolution 181 fordert die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) die Beendigung des → ***britischen Mandats für Palästina*** und die Schaffung eines arabischen und eines jüdischen Staates mit Jerusalem als „Corpus separatum" (Stadt mit besonderem rechtlichen und politischen Status) unter internationaler Verwaltung. Der Plan sieht 56 Prozent des Gebiets für den jüdischen und 43 Prozent für den arabischen Staat vor, wobei ein Großteil des jüdischen Staates Wüstenland ausmacht (Negev), welches nur mit großem Aufwand besiedelt werden kann. Die arabischen UN-Mitglieder stimmen gegen den Plan, die palästinensische Bevölkerung wird nicht befragt. Infolge der Abstimmung über den Teilungsplan nehmen bestehende gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen jüdischer und arabischer Seite so zu, dass es zu einem Bürgerkrieg kommt.

9. April 1948

Massaker von Deir Jassin

Während des Bürgerkriegs verüben jüdische Milizen ein Massaker an arabischen Bewohnern des Dorfs Deir Jassin, nordwestlich von Jerusalem. Dabei sterben mindestens 107 Menschen. Als Vergeltung greifen vier Tage später arabische Kämpfer einen Krankentransport in Jerusalem an und töten 78 Jüdinnen und Juden und einen britischen Soldaten.

Febru

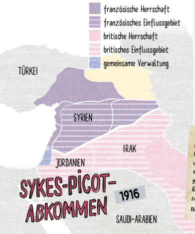
Waffen
und Gr

Der → ***er***
Krieg en
Waffensti
Israel ein
en, Liban
Die Waffe
Linie gen
Bezugsp
Grenzver
Ein paläs
nicht, das
Jordanie
kommt u

1880–1884 | 1885–1889 | 1890–1894 | 1895–1899 | 1900–1904 | 1905–1909 | 1910–1914 | 1915–1919 | 1920–1924 | 1925–1929 | 1930–1934 | 1935–1939 | 1940–1944 | 1945–1949 | 1950–1954

Arabischer Nationalismus

Parallel zum politischen → ***Zionismus*** entwickelt sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in der arabischen Welt ein eigenes Nationalbewusstsein. Insbesondere in Abgrenzung zur osmanischen Fremdherrschaft und aus der Ablehnung des europäischen Kolonialismus in der Region entwickeln sich vor allem in arabischen Metropolen wie Kairo oder Damaskus nationale Bewegungen mit dem Ziel der staatlichen Unabhängigkeit. Während des → ***britischen Mandats für Palästina*** bildet sich in den 1920er Jahren in Abgrenzung zum politischen Zionismus immer stärker ein palästinensisches Nationalbewusstsein heraus.



Juli 1922

Britisches Mandat für Palästina

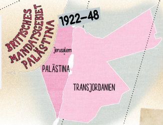
Im Ersten Weltkrieg unterliegt das Osmanische Reich und zerfällt bis 1922 vollständig. Der Völkerbund überträgt Großbritannien die Verantwortung für das Mandatsgebiet Palästina.

1914–1918

Widersprüchliche Versprechungen

Im Ersten Weltkrieg versuchen Großbritannien und Frankreich Teile des Osmanischen Reichs – das auf Seiten des Deutschen Reichs in den Krieg eingetreten ist – zu erobern. Im Gegenzug für eine arabische Beteiligung an einem Aufstand gegen das Osmanische Reich verspricht Großbritannien dem Scherifen von Mekka als wichtigem arabischen Führer die Unterstützung arabischer Unabhängigkeit in weiten Teilen des östlichen Mittelmeerraumes und der arabischen Halbinsel. Die arabische Seite interpretiert dies als ein Versprechen auf staatliche Unabhängigkeit, während die britische Seite ihre Zugeständnisse bewusst vage formuliert (Hussein-McMahon-Korrespondenz, 1915/16). Im Widerspruch dazu vereinbaren Großbritannien und Frankreich 1916 im Geheimen die Aufteilung des östlichen Mittelmeerraumes untereinander (Sykes-Picot-Abkommen). 1917 spricht sich die britische Regierung öffentlich für die Gründung einer „nationalen jüdischen Heimstätte" in Palästina aus, ohne dass auch der arabischen Bevölkerung eine solche Zusicherung gemacht wird (Balfour-Erklärung).

> „Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, mit der Maßgabe, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina (…) in Frage stellen könnte."
>
> Balfour-Erklärung (2.11.1917)



23./24. August 1929

Hebron-Massaker

Vor dem Hintergrund steigender Spannungen zwischen → ***Zionismus*** und → ***arabischem Nationalismus*** tötet eine Gruppe arabischer Bewohner von Hebron insgesamt 67 Jüdinnen und Juden. Auslöser ist eine Auseinandersetzung um → ***Jerusalem und seine heiligen Stätten***. Infolge des Massakers wird die jüdische Bevölkerung durch die → ***britische Mandatsmacht*** aus Hebron evakuiert und darf nicht in die Stadt zurückkehren.

1936–1939

Arabischer Aufstand

Tausende Angehörige der arabischen Bevölkerung im Mandatsgebiet Palästina lehnen sich ab 1936 gewaltsam gegen die → ***britische Mandatsmacht*** auf. Es kommt auch zu Angriffen auf die jüdische Bevölkerung, da der politische → ***Zionismus*** als Bedrohung für den → ***arabischen Nationalismus*** und die palästinensische Nationalbewegung gesehen wird. Die Briten schlagen den Aufstand durch den Einsatz von rund 25.000 Soldaten gewaltsam nieder.

> „Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und in Europa Millionen von Juden vernichtete, bewies unwiderleglich aufs Neue, dass das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muss, in einem Staat, dessen Pforten jedem Juden offenstehen, und der dem jüdischen Volk den Rang einer gleichberechtigten Nation in der Völkerfamilie sichert."
>
> Israelische Unabhängigkeitserklärung (14.5.1948)

DAVID BEN-GURION

14. Mai 1948

Unabhängigkeit Israels

Die Briten geben ihr → ***Mandat für Palästina*** auf und ziehen ihre Truppen zurück. Noch am selben Tag ruft David Ben-Gurion in Tel Aviv die Unabhängigkeit Israels aus. Die Weltmächte USA und Sowjetunion erkennen den neuen Staat unmittelbar danach an.

> „Die Ereignisse in Palästina haben die aggressiven Absichten der Zionisten und ihre imperialistischen Pläne entlarvt (…). Die arabischen Staaten erklären wiederholt und mit allem Nachdruck, dass ihr Eingreifen in Palästina nur den oben genannten Erwägungen und Zielen geschuldet ist [die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und das Übertreten der vorherrschenden Unruhen auf ihre Gebiete sowie weiteres Blutvergießen zu verhindern] und dass sie keinerlei andere Motive verfolgen."
>
> Erklärung der Arabischen Liga (15.5.1948)

> *„Für uns war sonnenklar, worum wir kämpften. Noch heute kann ich nicht begreifen, wieso manche Leute nicht verstehen, dass wir eine Fortsetzung des europäischen Holocaust zu befürchten hatten, dass uns, den Juden im Lande Israel, die Auslöschung drohte."*
>
> Haggai Horowitz, Israeli[3]

15. Mai 1948 – 20. Juli 1949

Erster arabisch-israelischer Krieg

Die arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon sowie der Irak greifen Israel an. Israel gelingt es, sich zu verteidigen und dabei mehr Territorium zu erobern, als der → ***UN-Teilungsplan*** vorsieht. Ägypten erobert den Gazastreifen, Jordanien das Westjordanland und Ost-Jerusalem. Rund 700.000 Palästinenser sehen sich in der Folge gezwungen, aus dem von Israel kontrollierten Gebiet zu fliehen oder werden vertrieben. Sie flüchten ins Westjordanland, den Gazastreifen, Jordanien, den Libanon und nach Syrien. Der Krieg ist auf israelischer Seite aufgrund der damit verteidigten Unabhängigkeit in positiver Erinnerung, während die arabische bzw. palästinensische Seite ihn aufgrund von Niederlage, Flucht und Vertreibung als Nakba (Arabisch für „Katastrophe") bezeichnet.

> *„Als wir Explosionen in der Nähe unseres Dorfes hörten, entstand Panik. Wir hatten so große Angst, dass wir ohne Sachen, Geld oder Kleider geflüchtet sind. Jeder rannte um sein Leben. Ich dachte, wir verlassen unser Dorf nur für ein paar Tage."*
>
> Halima Sanakre, Palästinenserin[2]

Oktober – Dezember 1956

Suezkrise vs. Trilaterale Aggression

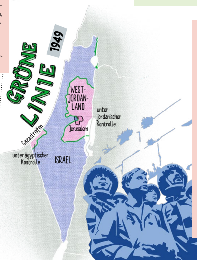
Im Juli 1956 verstaatlicht der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser die mehrheitlich von Großbritannien und Frankreich kontrollierte Suezkanal-Gesellschaft, um Ägypten dem Einfluss der beiden Staaten zu entziehen. Nachdem internationale Verhandlungen über die Nutzungsrechte am Suezkanal keine Ergebnisse bringen, greifen Frankreich, Großbritannien und Israel gemeinsam Ägypten an, müssen sich aber auf Druck der USA und der Sowjetunion zurückziehen. Die US-Regierung will so verhindern, dass sich in Reaktion auf den Angriff weitere arabische Staaten der Sowjetunion zuwenden.

GAMAL ABDEL NASSER

ar – Juli 1949

nstillstandsabkommen
rüne Linie

ste arabisch-israelische
det 1949 mit mehreren
llstandsabkommen zwischen
erseits und Ägypten, Jordani-
on und Syrien andererseits.
enstillstandslinie – auch Grüne
annt – bildet einen zentralen
unkt für einen möglichen
lauf in Friedensverhandlungen.
tinensischer Staat entsteht
s Westjordanland wird von
n annektiert, der Gazastreifen
nter ägyptische Verwaltung.



1967

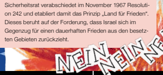
Israelische Siedlerbewegung

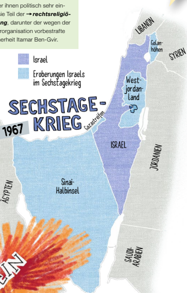
Der israelische →***Siedlungsbau*** beginnt im Oktober 1967 nach dem Sieg im →***Sechstagekrieg*** und hält bis heute an. Allein zwischen 1993 und 2000 verdoppelt sich die Zahl der Siedler/-innen im Westjordanland von 100.000 auf knapp 200.000. Heute leben dort und in Ost-Jerusalem über 737.000 Israelis in völkerrechtswidrigen Siedlungen (Stand: Ende 2024). Teile der Siedlerbevölkerung leben dort aufgrund der durch die israelische Regierung geschaffenen wirtschaftlichen Anreize, die Lebenshaltungskosten sind durch staatliche Subventionen deutlich geringer. Demgegenüber sehen nationalreligiöse Siedler/-innen in der Kontrolle über das Westjordanland (in ihrer Lesart: Judäa und Samaria) eine religiöse Pflicht. Vor allem seit 2021 kommt es zu einem deutlichen Anstieg gewalttätiger Übergriffe von Siedler/-innen auf die palästinensische Bevölkerung. Obwohl der Anteil der Siedler/-innen nur zehn Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels ausmacht, sind insbesondere die nationalreligiösen unter ihnen politisch sehr einflussreich. Ab 2022 sind sie Teil der →***rechtsreligiösen Netanjahu-Regierung***, darunter der wegen der Unterstützung einer Terrororganisation vorbestrafte Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir.

5.–10. Juni 1967

Sechstagekrieg bzw. Junikrieg

Ägyptens Präsident Nasser verlegt Truppen in den Sinai, versperrt Israel den Zugang zum Roten Meer und droht dem Staat mit der Vernichtung. Israel sieht darin einen Kriegsgrund und greift Ägypten an. Jordanien und Syrien greifen an ägyptischer Seite in den Krieg ein. Israel siegt innerhalb von sechs Tagen, erobert den ägyptischen Sinai, die syrischen Golanhöhen, den Gazastreifen, das Westjordanland und Ost-Jerusalem. Symbolisch für den israelischen Sieg ist das Foto der israelischen Fallschirmjäger-Einheit vor der Klagemauer im eroberten Ostteil von →***Jerusalem***. Der Sieg etabliert in Israel den Mythos der eigenen Unbesiegbarkeit, während die arabische Seite ihre Niederlage als Naksa (Arabisch für „Rückschlag") begreift. Die Arabische Liga reagiert mit den „Drei Neins von Khartum": kein Frieden mit Israel, keine Verhandlungen mit Israel und keine Anerkennung Israels. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet im November 1967 Resolution 242 und etabliert damit das Prinzip „Land für Frieden". Dieses beruht auf der Forderung, dass Israel sich im Gegenzug für einen dauerhaften Frieden aus den besetzten Gebieten zurückzieht.





> *„Am Anfang dachte ich, wie großartig das ist [die Klagemauer wieder besuchen zu können], ich war ganz hingerissen. Nach einer gewissen Weile sah ich die Probleme und merkte, dass es nicht so leicht ist. Ich realisierte, dass der Hass gegen uns auf der anderen Seite größer wird."*
>
> **Jitzchak Feller, Israeli[2]**

MENACHEM BEGIN
Eretz ISRAEL

1977

Likud

Nachdem die in Israel regierende Arbeitspartei für Fehleinschätzungen im →***Jom-Kippur-Krieg*** verantwortlich gemacht wird, kommt 1977 erstmals die rechtskonservative Likud-Partei an die Macht. Sie treibt den israelischen →***Siedlungsbau*** massiv voran und betrachtet die besetzten palästinensischen Gebiete als Bestandteil des historischen Eretz Israel (Hebräisch für „Land Israel"). Führende Vertreter der Partei befürworten eine Annexion des Westjordanlandes, also eine erzwungene Eingliederung in das israelische Staatsgebiet.

CAMP DAVID
ANWAR AL-SADAT
JIMMY CARTER
MENACHEM BEGIN

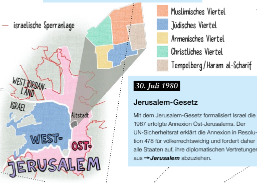
März 1979

Camp-David-Abkommen: Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten

Nach einer historischen Rede des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar al-Sadat im November 1977 vor dem israelischen Parlament (Knesset) in Jerusalem kommt es 1979 durch Vermittlung der USA nach Verhandlungen in Camp David (Maryland, USA) zum israelisch-ägyptischen Friedensvertrag. Beide Staaten beenden den seit 1948 andauernden Kriegszustand, Israel räumt den seit 1967 besetzten Sinai und die dort errichteten Siedlungen. Die Arabische Liga schließt Ägypten in Reaktion auf den Friedensschluss für zehn Jahre aus.

Jerusalem und

Jerusalem ist Juden
chermaßen heilig, de
ostkonflikt besonder
Juden beten vor der
Westmauer des zwe
den Tempelberg ang
Muslime befinden sic
(Arabisch für „edles
Plateau mit dem Fels
schee die nach Mek
Stätten des Islam. Hi
tum wichtige heilige
in der Altstadt und a
→ ***ersten arabisch-***
rolliert Jordanien Os
die heiligen Stätten.



30. Juli 1980

Jerusalem-Gesetz

Mit dem Jerusalem-Gesetz formalisiert Israel die 1967 erfolgte Annexion Ost-Jerusalems. Der UN-Sicherheitsrat erklärt die Annexion in Resolution 478 für völkerrechtswidrig und fordert daher alle Staaten auf, ihre diplomatischen Vertretungen aus →***Jerusalem*** abzuziehen.

1955–1959 | 1960–1964 | 1965–1969 | 1970–1974 | 1975–1979 | 1980–1984

11. Dezember 1948

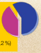
Rückkehrrecht und Flüchtlingshilfswerk

Resolution 194 der UN-Vollversammlung etabliert das Recht auf Rückkehr und Entschädigung für palästinensische Flüchtlinge und deren Nachkommen. Zur Versorgung der Flüchtlinge richten die UN das Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ein, das im Jahr 2024 für rund 6 Millionen Anspruchsberechtigte zuständig war. Infolge des →***Terrorangriffs der Hamas*** vom 7. Oktober 2023 erhebt die israelische Regierung den Vorwurf, dass UNRWA-Mitarbeiter an dem Angriff beteiligt waren, allerdings ohne hierfür Belege zu liefern. Eine interne Untersuchung kann für neun Beschäftigte eine Beteiligung an den Angriffen nicht ausschließen, diese werden entlassen. Ende 2024 verbietet das israelische Parlament (Knesset) UNRWA die Arbeit in Israel und gefährdet damit die Arbeit des Hilfswerks grundsätzlich.

unrwa
الاونروا

Bevölkerung in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (1967):[1]

Jüdische Israelis: 2,38 Mio. (63,8 %)
Palästinenser und arabische Israelis: 1,35 Mio. (36,2 %)



> *„Die Einschusslöcher des 1967er Krieges sieht man noch heute an der Wand meines Hauses. (…) Geld kommt und geht, das war nicht schlimm. Aber wir haben unsere Würde verloren – und das ist das Schlimmste."*
>
> **Anwar Arafat, Palästinenser[2]**

5. September 1972

Münchner Olympia-Attentat

27 Jahre nach dem Ende des →***Nationalsozialismus*** finden im September 1972 Olympische Spiele in München statt. Am elften Tag der Spiele überfällt die palästinensische Terrorgruppe „Schwarzer September", die über Verbindungen zur →***PLO*** verfügt, das israelische Mannschaftsquartier, ermordet zwei Israelis und nimmt neun weitere als Geiseln. Die Spiele werden unterbrochen. Bei einer Befreiungsaktion durch die Polizei ermorden die Terroristen auch die neun Geiseln sowie einen Polizisten.

Oktober 1959

Fatah

In Kuwait gründen Exil-Palästinenser, darunter Jassir Arafat, die Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas (Fatah, Arabisch für „Öffnung, Sieg, Eroberung"). Zunächst verfolgt diese das Ziel der vollständigen militärischen „Befreiung Palästinas" und damit einhergehend die Vernichtung Israels, auch durch Terroranschläge. Unter der Führung Jassir Arafats erfolgt ab den 1970er Jahren ein schrittweiser Wandel hin zu Diplomatie und zur Unterstützung einer →***Zweistaatenregelung***.

Juni 1964

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

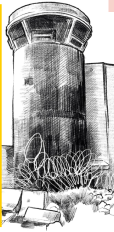
Unter Führung der Arabischen Liga erfolgt die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (Englisch: Palestine Liberation Organization). Nach der ägyptischen Niederlage im →***Sechstagekrieg*** entwickelt sich die PLO zunehmend zum eigenständigen Akteur. Ab 1969 ist die →***Fatah*** die dominante Gruppierung innerhalb der PLO und Jassir Arafat bis zu seinem Tod 2004 ihr Vorsitzender.

FATAH
JASSIR ARAFAT
PLO

Besatzung und Siedlungsbau

Für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ost-Jerusalem bedeutet der →***Sechstagekrieg*** von 1967 den Beginn der andauernden israelischen Besatzung und des Siedlungsbaus. Die Golanhöhen, Ost-Jerusalem, das Westjordanland und der Gazastreifen stehen bis heute laut Völkerrecht unter israelischer Besatzung. Die israelische Annexion der Golanhöhen und Ost-Jerusalems wird international mit wenigen Ausnahmen nicht anerkannt. Aufgrund der seit 2007 andauernden israelischen Blockade des Gazastreifens und der fortgesetzten israelischen Kontrolle über die Land- und Seegrenzen sowie den Luftraum gilt der Gazastreifen – trotz der Räumung der israelischen Truppenpräsenz 2005 – völkerrechtlich weiterhin als besetzt.

Im Juli 2024 erklärt der Internationale Gerichtshof (IGH), dass nicht nur der Siedlungsbau, sondern auch die israelische Besatzung des Westjordanlandes, Ost-Jerusalems und des Gazastreifens völkerrechtswidrig ist, und fordert Israel zum umgehenden Rückzug aus den besetzten Gebieten auf.



6.–26. Oktober 1973

Jom-Kippur-Krieg bzw. Oktober- oder Ramadan-Krieg

Ein Überraschungsangriff arabischer Staaten unter der Führung von Ägypten und Syrien am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur bringt Israel zeitweise an den Rand einer Niederlage. Das ägyptische Motiv für den Krieg besteht vor allem darin, Israel zu Verhandlungen über die Rückgabe des seit 1967 besetzten Sinai zu zwingen. In Reaktion auf den Krieg verabschiedet der UN-Sicherheitsrat Resolution 338 und fordert darin ein Ende der Kampfhandlungen, die Umsetzung von Resolution 242 und eine internationale Friedensvermittlung.

Oktober 1974

Anerkennung der PLO durch die Vereinten Nationen

Die UN-Vollversammlung und die Arabische Liga erkennen die →***PLO*** als rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes an. Im November 1974 hält Arafat eine historische Rede vor der UN-Vollversammlung, in der er die prinzipielle Verhandlungsbereitschaft der PLO signalisiert.

JASSIR ARAFAT

1975–1990

Libanesischer Bürgerkrieg

Spannungen zwischen den unterschiedlichen christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen im Libanon entladen sich gewaltsam. Die →***PLO*** beteiligt sich am Bürgerkrieg, Syrien und Israel greifen wiederholt militärisch ein. Das Abkommen von Taif beendet nach 15 Jahren den Bürgerkrieg.

> Ich bin mit einem Olivenzweig in der einen und dem Gewehr des Revolutionärs in der anderen Hand hierher gekommen. Lasst nicht zu, daß der grüne Zweig aus meiner Hand fällt!
>
> **Rede vor der UN-Vollversammlung in New York (13.11.1974)**

8. Dezember 1987 –
13. September 1993

Erste Intifada

→***Besatzung und Siedlungsbau*** haben seit 1967 zu erheblichen Spannungen zwischen Israel und der palästinensischen Bevölkerung geführt. Diese entladen sich ab Dezember 1987 in der Ersten Intifada (Arabisch für „Abschütteln, Volkserhebung"), einem gewaltsamen Aufstand, der sich vorrangig gegen die israelische Besatzungsmacht richtet. Dabei kommen 179 Israelis und 1.162 Palästinenser/-innen zu Tode.

l seine heiligen Stätten

, Christen und Muslimen glei-
er Status der Stadt ist im Nah-
s umstritten. Jüdinnen und
 als Klagemauer bekannten
iten jüdischen Tempels, die an
grenzt. Für Musliminnen und
ch auf dem Haram al-Scharif
Heiligtum") genannten heiligen
sendom und der Al-Aksa-Mo-
ka und Medina bedeutendsten
nzu kommen für das Christen-
Stätten bzw. Orte vor allem
uf dem Ölberg. Infolge des
-israelischen Krieges kont-
t-Jerusalem und damit auch
 Zwischen 1949 und 1967
haben Jüdinnen und Juden
keinen Zugang zur
Klagemauer.

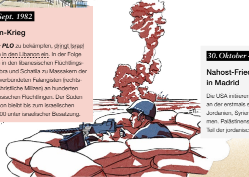
Im → ***Sechstagekrieg*** erobert Israel Ost-Jerusalem. Aus israelischer Sicht ist Jerusalem damit wiedervereinigt und die Klagemauer erstmals seit fast 2000 Jahren wieder unter jüdischer Kontrolle. Der Zugang zum heiligen Plateau ist seit der israelischen Besetzung Ost-Jerusalems 1967 durch ein informell anerkanntes Arrangement geregelt. Demzufolge kontrolliert Israel den Zugang, der grundsätzlich allen offen steht. Allerdings dürfen nur Musliminnen und Muslime dort beten. Nationalreligiöse jüdische Siedler/-innen verschaffen sich immer wieder Zugang zum Plateau, um dort zu beten, obwohl das jüdische Oberrabbinat und führende Rabbiner in Israel den Besuch für Jüdinnen und Juden ablehnen. Musliminnen und Muslime sehen dadurch ihren Anspruch auf die heiligen Stätten in Gefahr, weshalb es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt.

ZWEI-STAATEN-REGELUNG?
PALÄSTINA
ISRAEL

Juni – Sept. 1982

Libanon-Krieg

Um die → ***PLO*** zu bekämpfen, dringt Israel militärisch in den Libanon ein. In der Folge kommt es in den libanesischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila zu Massakern der mit Israel verbündeten Falangisten (rechtsextreme christliche Milizen) an hunderten palästinensischen Flüchtlingen. Der Süden des Libanon bleibt bis zum israelischen Abzug 2000 unter israelischer Besatzung.



30. Oktober – 1. November 1991

Nahost-Friedenskonferenz in Madrid

Die USA initiieren eine Friedenskonferenz, an der erstmals sowohl Israel als auch Jordanien, Syrien und der Libanon teilnehmen. Palästinensische Vertreter sind als Teil der jordanischen Delegation dabei.

Zweistaatenregelung

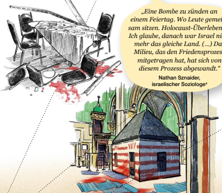
Die Idee, den israelisch-palästinensischen Konflikt durch die Schaffung zweier unabhängiger Staaten zu regeln, formuliert 1937 erstmals die von der britischen Mandatsverwaltung eingesetzte Peel-Kommission (→ ***britischer Teilungsplan***). Mit dem → ***UN-Teilungsplan*** von 1947 schlägt auch die UN-Vollversammlung eine solche Regelung vor. Verhandlungen zwischen Israel und der → ***PLO*** im Zuge des → ***Oslo-Friedensprozesses*** geben Hoffnung auf die Realisierung einer Zweistaatenregelung. In den 2000er Jahren scheitern mehrere Vorstöße in diese Richtung, darunter die Versuche von US-Präsident Clinton (→ ***Camp David II***, 2000), der Arabischen Liga (2002) und des Nahostquartetts (2003). 2002 spricht sich der UN-Sicherheitsrat erstmals ausdrücklich für eine Zweistaatenregelung aus. Infolge der → ***Konferenz von Annapolis*** 2007 kommt es zu den bisher letzten weitreichenden direkten Verhandlungen, bei denen auch über die → ***Endstatusfragen*** verhandelt wird. Viele Beobachter halten die Zweistaatenregelung heute für kaum mehr umsetzbar. Dennoch hält zum Beispiel die Europäische Union an dieser Idee fest. Alternativen wie ein binationaler Staat, in dem die jüdische und die palästinensische Bevölkerung die gleichen Rechte hätten oder eine Konföderation, bei der Israel und Palästina als unabhängige Staaten einen Zusammenschluss eingehen, werden bisher vor allem von Teilen der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft diskutiert.

1994 – heute

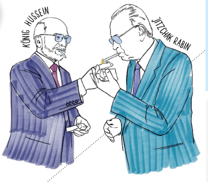
Anschläge gegen die Zivilbevölkerung

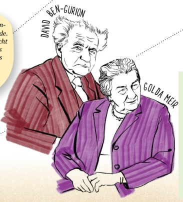
Auf beiden Seiten des Konflikts versuchen die Gegner des Friedensprozesses, Annäherungen zwischen Israel und der → ***PLO*** durch Terroranschläge zu sabotieren. Im Februar 1994 tötet der jüdische Extremist Baruch Goldstein in der Patriarchenhöhle/Ibrahimi-Moschee in Hebron 29 betende Palästinenser. Im April 1994 verübt die → ***Hamas*** ein Selbstmordattentat an einer Busstation in Hadera. Während der → ***Zweiten Intifada*** eskaliert die Gewalt weiter. Im Juni 2001 tötet ein Selbstmordattentäter der Hamas in der Diskothek Dolphinarium in Tel Aviv 21 Israelis, im März 2002 tötet ein Hamas-Attentäter während des Pessach-Fests in einem Hotel in Netanja 30 Israelis, darunter viele Überlebende des → ***Holocaust***. Ab Beginn der 2010er Jahre kommt es im Westjordanland vermehrt zu Gewaltakten militanter → ***israelischer Siedler*** gegen die palästinensische Bevölkerung. Im Februar 2023 stürmen hunderte Siedler durch den Ort Huwara, setzen Gebäude und Autos in Flammen und verletzen 100 Palästinenser/-innen, ein Palästinenser wird dabei getötet. Nach dem → ***Terrorangriff der Hamas*** vom 7. Oktober 2023 nimmt die Siedlergewalt deutlich zu.

> *„Die Gewalt war eine Reaktion auf Probleme. Und die Probleme waren Israels Weigerung, den Friedensprozess umzusetzen und die Besatzung zu beenden."*
>
> **Mustafa Barghouti, palästinensischer Arzt und Politiker**[4]



> *„Eine Bombe zu zünden an einem Feiertag. Wo Leute gemeinsam sitzen. Holocaust-Überlebende. Ich glaube, danach war Israel nicht mehr das gleiche Land. (…) Das Milieu, das den Friedensprozess mitgetragen hat, hat sich von diesem Prozess abgewandt."*
>
> **Nathan Sznaider, israelischer Soziologe**[4]





26. Oktober 1994

Friedensvertrag zwisch
Israel und Jordanien

Israels Premierminister Jitzchak
jordanische König Hussein unter
israelisch-jordanischen Friedens
dem Frieden mit Ägypten von 19
der zweite Friedensschluss zwis
einem seiner arabischen Nachba

4. November 1995

Ermordung Rabins

Der jüdische Extremist Jigal Amir ermordet den israelischen Premierminister Jitzchak Rabin auf einer Friedenskundgebung in Tel Aviv. Der Tod Rabins stellt sich als herber Rückschlag für den → ***Oslo-Friedensprozess*** mit den Palästinensern heraus.

Arbeitspartei

Von der Staatsgründung bis 1977 führen die Arbeitspartei Avoda (Hebräisch für „Arbeit") bzw. deren Vorläufer die israelische Regierung an. Zu ihren bekanntesten Vorsitzenden zählen David Ben-Gurion, Golda Meir, Jitzchak Rabin, Schimon Peres und Ehud Barak. In den 1990er Jahren bringt sie maßgeblich den → ***Oslo-Friedensprozess*** voran, verliert aber nach der → ***Ermordung Rabins*** immer mehr an Bedeutung. Bei den Knesset-Wahlen 2022 erhält sie weniger als vier Prozent der Stimmen.

1985–1989 | 1990–1994 | 1995–1999 | 2000–2004

15. November 1988

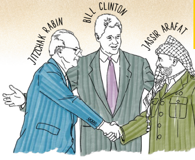
Palästinensische Unabhängigkeitserklärung

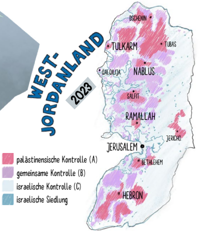
Die → ***PLO*** reagiert auf die → ***Erste Intifada*** mit der Palästinensischen Unabhängigkeitserklärung, in der ein palästinensischer Staat auf Grundlage der → ***Grünen Linie*** proklamiert wird. Dies kommt de facto einer Anerkennung Israels gleich. Zudem lehnt die PLO Gewalt künftig ab und macht so den Weg für Verhandlungen frei. Die palästinensische Flagge ist wie bei vielen anderen arabischen Staaten in den Farben Schwarz, Weiß, Grün und Rot gehalten. Bis heute haben 157 aller 193 UN-Mitgliedsstaaten Palästina anerkannt, Deutschland und die USA zählen nicht dazu.

Hamas

Unmittelbar nach Ausbruch der → ***Ersten Intifada*** gründet sich die Hamas (Arabisch für „Die islamische Widerstandsbewegung"), eine militante Abspaltung der palästinensischen Muslimbruderschaft. Als islamistische nationalistische Bewegung verfolgt sie das Ziel, durch bewaffneten Kampf die „Befreiung ganz Palästinas" und die Zerstörung Israels als jüdischem Staat zu erreichen und einen islamischen Staat zu errichten. Sie lehnt den → ***Oslo-Friedensprozess*** ab und sabotiert durch Terroranschläge den Friedensprozess der 1990er Jahre. 2006 gewinnt die Hamas die palästinensischen Parlamentswahlen, 2007 übernimmt sie durch einen Putsch die Macht im Gazastreifen. Sie ist hauptverantwortlich für den → ***Terrorangriff*** vom 7. Oktober 2023 auf Israel. Die EU, die USA und viele weitere Staaten stufen die Hamas als Terrororganisation ein.

HAMAS





Bevölkerung in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (1993):[1]

Jüdische Israelis: 4,34 Mio. (60,2 %)
Palästinenser und arabische Israelis: 2,87 Mio. (39,8 %)

13. September 1993

Oslo-Friedensprozess

Im Oslo-I-Abkommen („Prinzipienerklärung") erkennen die → ***PLO*** und Israel einander gegenseitig an. In der Folge entsteht 1994 durch das Gaza-Jericho-Abkommen die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), die begrenzte Rechte zur Selbstverwaltung erhält. Das Oslo-II-Abkommen („Interimsabkommen") von 1995 regelt die Aufteilung des Westjordanlandes in → ***A-, B- und C-Gebiete***.

A-, B- und C-Gebiete

Lediglich in den A-Gebieten, die die städtischen Zentren des Westjordanlandes umfassen, hat die PA volle Kontrolle über zivile und Sicherheitsfragen, in den dünner besiedelten B-Gebieten beschränkt sich die palästinensische Kontrolle auf zivile Aspekte, während Israel die volle Kontrolle über die C-Gebiete behält, was über 60 Prozent des Westjordanlandes umfasst. In den C-Gebieten befinden sich die israelischen Siedlungen, laut Vereinten Nationen leben dort allerdings auch bis zu 300.000 Palästinenser/-innen. Der Umfang der A-Gebiete und damit der vollen palästinensischen Kontrolle sollte in einer fünfjährigen Übergangsphase schrittweise ausgeweitet werden. In dieser Phase sollten auch die → ***Endstatusfragen*** geregelt werden. 1996 finden erstmals → ***Wahlen in den besetzten palästinensischen Gebieten*** statt.

1996

Wahlen in den besetzten palästinensischen Gebieten

Erstmals finden in den besetzten palästinensischen Gebieten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Jassir Arafat wird zum PA-Präsidenten gewählt, die → ***Fatah*** erringt die Mehrheit bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat.

> *„Meine Mutter kam während der osmanischen Besatzung auf die Welt. Ich wurde während der englischen Besatzung geboren, meine Kinder während der jordanischen, deren Kinder während der israelischen. Es gibt immer jemanden, der dieses Land will, aber nie jemanden, der uns will. Ist das keine Tragödie?"*
>
> **Amelie Dschaqaman, Palästinenserin**[2]

Endstatusfragen

Als Endstatusfragen bezeichnet man zwischen den Konfliktparteien besonders umstrittene Fragen, deren Klärung für eine Lösung des Nahostkonflikts unbedingt nötig ist:

- der Grenzverlauf zwischen Israel und einem zukünftigen palästinensischen Staat,
- der Status von → ***Jerusalem*** als potenzieller Hauptstadt beider Staaten,
- der Verbleib der palästinensischen Flüchtlinge (und ihrer Nachkommen) aus dem → ***ersten arabisch-israelischen Krieg***,
- die illegalen israelischen Siedlungsaktivitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten,
- Absprachen zur Gewährleistung von Sicherheit und
- Absprachen zum Umgang mit Wasserressourcen.

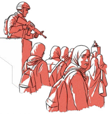
Juli 2000

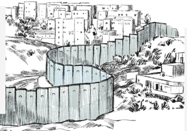
Camp David II und Zweite Intifada

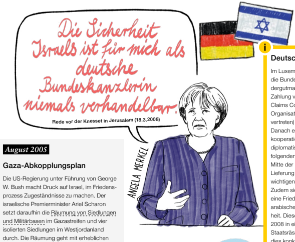
In Camp David (USA) verhandeln Israels Premierminister Ehud Barak und der → ***PLO***-Vorsitzende Jassir Arafat über die im → ***Oslo-Friedensprozess*** ausgesparten → ***Endstatusfragen***. Die von den USA vermittelten Verhandlungen scheitern. Der israelische Oppositionsführer Ariel Scharon besucht den Haram al-Scharif/Tempelberg in → ***Jerusalem***. Dies wird als Provokation verstanden, es kommt zum Ausbruch der Zweiten Intifada („Al-Aksa-Intifada") mit rund 3.200 Toten auf palästinensischer und 1.000 Toten auf israelischer Seite.

en

Rabin und der
zeichnen den
vertrag. Nach
79 ist dies erst
chen Israel und
rstaaten.






Die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.
Rede vor der Knesset in Jerusalem (18.3.2008)
ANGELA MERKEL

Juni 2002

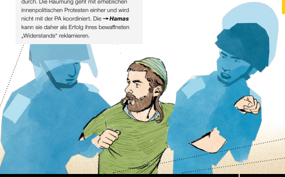
Sperranlagen

In Reaktion auf die → ***Anschläge gegen die Zivilbevölkerung*** während der → ***Zweiten Intifada*** beschließt die israelische Regierung den Bau von Sperranlagen im Westjordanland, um die israelische von der palästinensischen Bevölkerung abzutrennen. Zahlreiche Checkpoints des israelischen Militärs schränken die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung ein. Aufgrund der Abweichung von der → ***Grünen Linie*** erklärt der Internationale Gerichtshof die Sperranlagen 2004 für völkerrechtswidrig.

August 2005

Gaza-Abkopplungsplan

Die US-Regierung unter Führung von George W. Bush macht Druck auf Israel, im Friedensprozess Zugeständnisse zu machen. Der israelische Premierminister Ariel Scharon setzt daraufhin die Räumung von Siedlungen und Militärbasen im Gazastreifen und vier isolierten Siedlungen im Westjordanland durch. Die Räumung geht mit erheblichen innenpolitischen Protesten einher und wird nicht mit der PA koordiniert. Die → ***Hamas*** kann sie daher als Erfolg ihres bewaffneten „Widerstands" reklamieren.



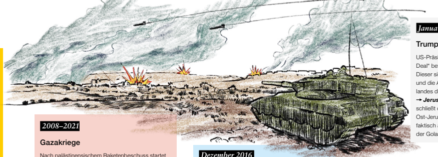
Deutsch-israelische Beziehungen

Im Luxemburger Abkommen von 1952 verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland als Symbol der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts zur Zahlung von Entschädigungen an Israel und die Jewish Claims Conference (ein Zusammenschluss jüdischer Organisationen, die Überlebende des → ***Holocaust*** vertreten) in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden D-Mark. Danach erfolgt zunächst eine geheime Rüstungskooperation, bevor beide Länder 1965 auch offiziell diplomatische Beziehungen aufnehmen, die in den folgenden Jahren kontinuierlich vertieft werden. Ab Mitte der 1990er Jahre leistet Deutschland durch die Lieferung von nuklear bestückbaren U-Booten einen wichtigen Beitrag zu Israels atomarer Abschreckung. Zudem sieht die Bundesregierung im Bemühen um eine Friedensregelung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn einen Beitrag zu Israels Sicherheit. Diese erklärt Bundeskanzlerin Merkel im März 2008 in einer Rede vor der Knesset zur „deutschen Staatsräson", ohne allerdings näher zu erläutern, was dies konkret bedeuten soll.

27. November 2007

Konferenz von Annapolis

Unter Vermittlung von US-Präsident George W. Bush kommt es in Annapolis (USA) zur Wiederaufnahme von direkten Friedensverhandlungen zwischen Israels Premierminister Ehud Olmert und dem → ***PLO***-Vorsitzenden Mahmud Abbas. Die Verhandlungen enden vorerst ohne Ergebnis.



2008–2021

Gazakriege

Nach palästinensischem Raketenbeschuss startet Israel im Dezember 2008 eine Militärintervention im Gazastreifen. Rund 1.400 Palästinenser/-innen und 13 Israelis werden getötet, bevor es im Januar 2009 zu einem Waffenstillstand kommt.

Nach der Tötung eines hochrangigen Anführers des militärischen Flügels der → ***Hamas*** im November 2012 kommt es zu achttägigem palästinensischen Raketenbeschuss auf Israel und zu israelischen Luftschlägen im Gazastreifen.

Im Juli 2014 führt die Entführung und Ermordung dreier israelischer Jugendlicher durch die Hamas zu einem siebenwöchigen Krieg im Gazastreifen mit 2.100 Toten auf palästinensischer und 73 Toten auf israelischer Seite.

Im Zuge des „Großen Marsches der Rückkehr" versuchen ab März 2018 Protestierende aus dem Gazastreifen über den Sicherheitszaun nach Israel zu gelangen. Insgesamt sterben dabei über 170 Palästinenser/-innen.

Im Mai 2021 kommt es zu Zusammenstößen zwischen israelischer Polizei und palästinensischer Bevölkerung in Jerusalem, die die Hamas zum Anlass nimmt, Raketen auf Israel zu schießen. Israel greift daraufhin den Gazastreifen aus der Luft an. Die Kämpfe fordern 250 Tote im Gazastreifen und 13 in Israel.

Dezember 2016

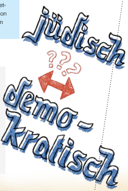
Resolution 2334 zum Siedlungsbau

Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats verurteilt den israelischen → ***Siedlungsbau*** in den besetzten palästinensischen Gebieten als erhebliche Verletzung des Völkerrechts. Es ist die erste Resolution zum Siedlungsbau seit 1980, die nicht an einem Veto der USA scheitert.

19. Juli 2018

Israelisches Nationalstaatsgesetz

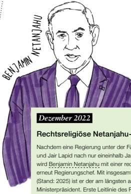
Das israelische Parlament verabschiedet das Nationalstaatsgesetz, das den jüdischen Charakter des israelischen Staates festschreibt und Hebräisch zur einzigen Nationalsprache erklärt, wodurch Arabisch degradiert wird. Damit sehen Kritiker/-innen die demokratisch verbürgten gleichen Rechte aller in Gefahr, also auch von Nichtjuden in Israel.



Januar 2020

Trumps „Jahrhundert-Deal"

US-Präsident Trump präsentiert seine als „Jahrhundert-Deal" betitelte Idee zur Lösung des Nahostkonflikts. Dieser sieht keinen souveränen palästinensischen Staat und die Annexion von rund 30 Prozent des Westjordanlandes durch Israel vor. Bereits 2017 erkennt Trump → ***Jerusalem*** als israelische Hauptstadt an und schließt damit den palästinensischen Anspruch auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines eigenen Staates faktisch aus. 2019 erkennt er die israelische Annexion der Golanhöhen an.

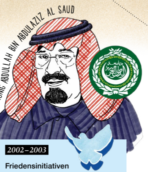


Dezember 2022

Rechtsreligiöse Netanjahu-

Nachdem eine Regierung unter der Fü
und Jair Lapid nach nur eineinhalb Ja
wird Benjamin Netanjahu mit einer rec
erneut Regierungschef. Mit insgesamt
(Stand: 2025) ist er der am längsten a
Ministerpräsident. Erste Leitlinie des F
ist ein „exklusives und unveräußerliche
Volkes auf das ganze Land". Die Rück
Netanjahu nur mit dem politischen Ta
gerichtete Parteien wie die Vetreter de
lerbewegung an der Regierung zu b

2005–2009 | 2010–2014 | 2015–2019 | 2020–2024


KÖNIG ABDULLAH BIN ABDULAZIZ AL SAUD

2002–2003

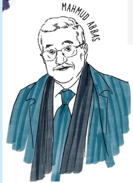
Friedensinitiativen

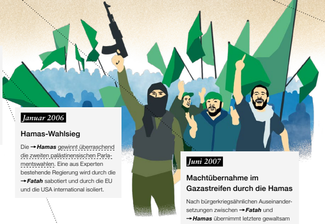
In Reaktion auf die Gewalteskalation der → ***Zweiten Intifada*** schlägt die Arabische Liga unter der Führung des saudischen Königs Abdullah bin Abdulaziz Al Saud im März 2002 die Arabische Friedensinitiative vor, womit Israel normalisierte Beziehungen mit allen arabischen Staaten in Aussicht gestellt werden. Im Gegenzug soll Israel einer → ***Zweistaatenregelung*** auf Grundlage der → ***Grünen Linie*** zustimmen, also der vor dem → ***Sechstagekrieg*** 1967 gültigen Grenzen. Im November 2002 präsentiert das aus Europäischer Union, Vereinten Nationen, den USA und Russland bestehende Nahostquartett die „Roadmap for Peace", einen Stufenplan mit dem Ziel einer Zweistaatenregelung. Im Oktober 2003 stellt die Genfer Initiative – gegründet durch hochrangige ehemalige palästinensische und israelische Politiker – einen detaillierten Entwurf für eine Friedensregelung vor, der sich auch auf die Roadmap und die Arabische Friedensinitiative beruft.

11. November 2004

Tod Jassir Arafats

Nach dem Tod Jassir Arafats wird Mahmud Abbas im Januar 2005 zu dessen Nachfolger als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, → ***Fatah***- und → ***PLO***-Vorsitzendem gewählt.





Januar 2006

Hamas-Wahlsieg

Die → ***Hamas*** gewinnt überraschend die zweiten palästinensischen Parlamentswahlen. Eine aus Experten bestehende Regierung wird durch die → ***Fatah*** sabotiert und durch die EU und die USA international isoliert.

Juli/August 2006

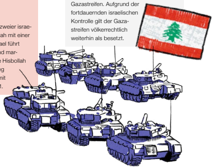
Zweiter Libanon-Krieg

Israel reagiert auf die Entführung zweier israelischer Soldaten durch die Hisbollah mit einer Militärintervention im Libanon. Israel führt umfassende Luftangriffe durch und marschiert mit Bodentruppen ein. Die Hisbollah feuert Raketen auf Israel. Der Krieg endet durch Vermittlung der UN mit der Sicherheitsratsresolution 1701.

Juni 2007

Machtübernahme im Gazastreifen durch die Hamas

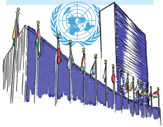
Nach bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen → ***Fatah*** und → ***Hamas*** übernimmt letztere gewaltsam die Macht im Gazastreifen. Israel verhängt daraufhin eine Blockade über den Gazastreifen. Aufgrund der fortdauernden israelischen Kontrolle gilt der Gazastreifen völkerrechtlich weiterhin als besetzt.

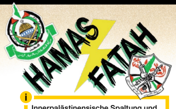


September 2011

Palästina bei den Vereinten Nationen

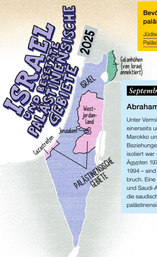
Ein palästinensischer Antrag auf UN-Vollmitgliedschaft scheitert. 2012 stimmt die Vollversammlung am UN-Hauptsitz in New York für die Aufnahme Palästinas als *non-member observer state*: Palästina wird von der Vollversammlung als Staat anerkannt, ist aber kein UN-Mitglied. In der Folge tritt Palästina dem Internationalen Strafgerichtshof und weiteren internationalen Organisationen und Konventionen bei.





Innerpalästinensische Spaltung und Bemühungen um Aussöhnung

Nach der Spaltung von 2007 gibt es wiederholt international vermittelte Aussöhnungsbemühungen zwischen → ***Fatah*** und → ***Hamas***. 2017 unterzeichnen beide ein Abkommen, das die Übergabe der zivilen Kontrolle des Gazastreifens an die Palästinensische Autonomiebehörde vorsieht. Es wird allerdings nicht umgesetzt. 2020 einigen sich Hamas und Fatah auf ein Abkommen, das auch die Abhaltung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Folgejahr vorsieht. Das Abkommen scheitert, nachdem Präsident Abbas die Wahlen im April 2021 kurzfristig absagt. 2022 vermittelt Algerien ein weiteres Abkommen, das genauso wenig umgesetzt wird wie ein von China im Juli 2024 vermitteltes Aussöhnungsabkommen.


ISRAEL UND BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE
2025
Golanhöhen (von Israel annektiert)
ISRAEL
West-jordan-land
Jerusalem
Gazastreifen
PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

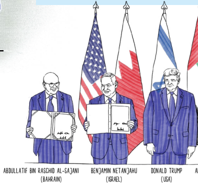
Bevölkerung in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (2022):[1]

Jüdische Israelis: 7,10 Mio. (48,1 %)
Palästinenser und arabische Israelis: 7,14 Mio. (48,4 %)

September 2020

Abraham Accords

Unter Vermittlung der US-Regierung normalisieren Israel einerseits und die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Marokko und der Sudan andererseits ihre diplomatischen Beziehungen. Nachdem Israel in der Region über Jahrzehnte isoliert war – abgesehen von den Friedensabkommen mit Ägypten 1979 (→ ***Camp-David-Abkommen***) und Jordanien 1994 – sind die Abraham Accords ein historischer Durchbruch. Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien steht weiterhin aus, insbesondere weil die saudische Führung diese von einer Perspektive für einen palästinensischen Staat abhängig macht.



Impressum

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, www.bpb.de
Autor: Jan Busse | **Redaktion:** Johannes Winter (verantwortlich), Peter Schuller
Gestaltung: Raufeld Medien | **Illustrationen:** Martin Rümmele, Raufeld Medien | **Druck:** Kern GmbH
Urheberrechte: Dieses Werk steht unter der Lizenz CC BY-SA 4.0.
Kontakt zur Redaktion: edu@bpb.de | **Zeitleiste zum Herunterladen:** bpb.de/falter
Redaktionsschluss: 14. Oktober 2025 | **Veröffentlichung:** 1. Auflage Oktober 2025 | **Bestell-Nr.:** 5451

Hinweise: Diese Zeitleiste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nach sorgfältiger Prüfung wurde eine Auswahl von wichtigen Ereignissen rund um die Geschichte des Nahostkonflikts getroffen. Bei Bedarf kann die Zeitleiste im Rahmen des Unterrichts beliebig ergänzt und erweitert werden. Aus Platzgründen wird in dieser Zeitleiste teils nur die männliche Form genannt.

---

[1] Muriel Asseburg/Jan Busse: *Der Nahostkonflikt – Geschichte, Positionen, Perspektiven.* München 2025. S. 137 f. Zahlen gerundet; fehlende Prozente entfallen auf andere Gruppen.
[2] Martin Schäuble: *Die Geschichte der Israelis und Palästinenser – Der Nahost-Konflikt aus der Sicht derer, die ihn erleben.* München 2025. S. 5, 62, 93 f.
[3] Peace Research Institute in the Middle East/Berghof Conflict Research (Hg.): *Das Historische Narrativ des Anderen kennen lernen – Palästinenser und Israelis.* Beit Jallah 2009. S. 29.
[4] SWR (2022): *Zweite Intifada 2002 – Eskalation zwischen Israel und Palästina.*

„Von klein auf sah ich Kriege. Ich selbst kämpfte im Unabhängigkeitskrieg, im Suezkrieg, im Sechstagekrieg, im Jom-Kippur-Krieg und in vielen weiteren Einsätzen. Mein Sohn kämpfte. Mein Enkel kämpfte. Er liegt verwundet im Krankenhaus. Und ich glaube, der Enkel meines Enkels wird auch kämpfen.“

Abraham Bar-Am, Israeli[2]

2023

Massenproteste

Von Januar bis Oktober protestieren in ganz Israel Hunderttausende Menschen gegen den von der → ***Netanjahu-Regierung*** geplanten Justizumbau. Dieser käme de facto der Abschaffung der Gewaltenteilung gleich. Ab 2024 kommt es in Israel vor dem Hintergrund des → ***Gazakriegs*** erneut zu großen Protesten, bei denen die Freilassung der Geiseln („Bring Them Home“) und ein Ende des Krieges gefordert werden.

Regierung

ührung von Naftali Bennett
hren im Amt scheitert,
chts-religiösen Koalition
t mehr als 23 Amtsjahren
mtierende israelische
Regierungsprogramms
es Recht des jüdischen
kehr ins Amt gelingt
bubruch, extrem rechts-
er → ***israelischen Sied-***
eteiligen.

November 2023

Erster Geiseldeal

Katar, Ägypten und die USA vermitteln erstmalig eine Feuerpause, den Zugang für humanitäre Hilfe und einen Austausch von israelischen Geiseln und palästinensischen Häftlingen (50 zu 150).

16. Januar – 18. März 2025

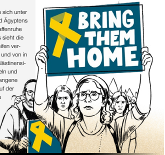
Waffenruhe und erneuter Geiseldeal

Israel und die → ***Hamas*** einigen sich unter Vermittlung der USA, Katars und Ägyptens auf ein Abkommen, das eine Waffenruhe im Gazastreifen vorsieht. Dieses sieht die Freilassung von in den Gazastreifen verschleppten israelischen Geiseln und von in Israel befindlichen palästinensischen Gefangenen vor (33 Geiseln und über 1000 palästinensische Gefangene in der ersten Phase). Nach Ablauf der ersten Phase kündigt Netanjahu den Waffenstillstand auf, setzt die Kampfhandlungen fort und beschränkt die Zufuhr humanitärer Hilfe drastisch.

Oktober 2025

Ende des Gazakriegs?

In Ägypten beginnen am 6. Oktober Verhandlungen über einen von US-Präsident Trump vorgelegten 20-Punkte-Plan zur Beendigung des → ***Gazakriegs***. Am 9. Oktober stimmen die → ***Hamas*** und die israelische Regierung der Umsetzung der ersten Phase dieses Plans zu, die Kampfhandlungen werden eingestellt. Am 13. Oktober übergibt die Hamas alle 20 noch lebenden israelischen Geiseln, im Gegenzug lässt Israel fast 2.000 palästinensische Häftlinge frei, darunter 250, die zu lebenslanger Haft verurteilt worden waren. Der Plan sieht außerdem den vollständigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen und die Entwaffnung der Hamas vor. Eine Übergangsregierung aus parteilosen palästinensischen Fachleuten soll unter internationaler Aufsicht den Gazastreifen verwalten.



2025

7. Oktober 2023

Terrorangriff der Hamas

Die → ***Hamas*** und andere militante Gruppierungen durchbrechen den Grenzzaun des Gazastreifens, greifen Israel mit Raketen an, ermorden auf brutale Art und Weise etwa 1.200 Menschen und verschleppen rund 250 Geiseln in den Gazastreifen.

7. Oktober 2023

Gazakrieg

In Reaktion auf den → ***Terrorangriff*** erklärt Israel der → ***Hamas*** den Krieg und greift militärisch im Gazastreifen an, zunächst mit Luftangriffen und Artilleriebeschuss, kurz darauf auch mit einer umfassenden Bodenoffensive. Anfang Oktober 2025 ist die Hamas zwar deutlich geschwächt, aber nicht zerstört. Mindestens 66.000 Menschen sind bis dahin durch den Krieg ums Leben gekommen, über 167.000 sind verletzt. Von den 2,2 Mio. Bewohnern des Gazastreifens sind 1,9 Mio. auf der Flucht. Die humanitäre Situation ist katastrophal. Die UN sowie internationale wie israelische Menschenrechtsorganisationen werfen Israel Kriegsverbrechen und teils Völkermord (Genozid) vor, hierzu ist eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag anhängig.

BDULLAH BIN ZAYID AL NAHYAN
(VAE)

8. Oktober 2023

Konfrontation zwischen Israel und der Hisbollah

Die libanesische Hisbollah und die jemenitischen Huthi greifen Israel mit Raketen an. Im September 2024 eskalieren die Spannungen im Libanon. Israel tötet Hisbollah-Chef Nasrallah, führt massive Luftangriffe durch und dringt mit einer Bodenoffensive in den Libanon ein. Ende November 2024 einigen sich Israel und die Hisbollah unter US-Vermittlung auf einen zunächst auf 60 Tage angelegten Waffenstillstand.

19. Juli 2024

Gutachten des Internationalen Gerichtshofs

Der Internationale Gerichtshof erklärt die israelische → ***Besatzung*** der palästinensischen Gebiete für illegal.

13. Juni 2025

Eskalation zwischen Israel und dem Iran

Der seit Jahren andauernde Schattenkrieg zwischen Israel und dem Iran entwickelt sich zur offenen Konfrontation. Im Juni 2025 eskaliert der Konflikt, als Israel zahlreiche Ziele im Iran angreift und mehrere Militärbefehlshaber und Atomwissenschaftler tötet. Ziel der Angriffe ist laut israelischer Regierung der Stopp des iranischen Atomprogramms, das Israel als existenzielle Bedrohung ansieht. Der Iran wertet den Angriff als Kriegserklärung und wehrt sich mit Gegenschlägen. Die USA greifen in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 2025 in den Konflikt ein und werfen unter anderem bunkerbrechende Bomben auf die teils unterirdisch gelegenen iranischen Atomanlagen.

Legende

🟥	***Arabisch-israelische Kriege***
🟦	***Völkerrecht und Friedensinitiativen***
🟩	***Zentrale Akteure***
→	***siehe Kasten***
---	***siehe Abbildung***